

In dieser Ausgabe:

Gysi: Fluchtursachen bekämpfen – einziger Weg

Seite 2

Sozialismus auf Kuba – Wie weiter?

Seite 2

Immer wieder NSU-Skandale mit Sicherheitsbehörden

Seite 3

Alles wird mitgehört und aufgezeichnet

Seite 3



Kapitalismus: Boden ist Spekulationsobjekt

Es ging nicht nur um Ernten und Erträge. Begriffe wie Kapitalgesellschaften, Rendite, Börse, feindliche Übernahmen, ruinöse Pleiten bestimmten vielmehr den Polit-Frühschoppen in Vierlinden bei Seelow im Oktober. Zu der vormittäglichen Diskussion „Sonnige Zeiten für die Landwirte dort, wo in Deutschland die Sonne aufgeht?“ hatte DIE LINKE das Mitglied der Linksfraktion im Bundestag Dr. Kirsten Tackmann und den Präsidenten des Landesbauernverbandes Brandenburg, Henrik Wendorff, eingeladen. In der Gesprächsrunde, die Landtags- und Kreistagsabgeordnete Bettina Fortunato moderierte, bestand Konsens darüber, dass die zunehmende Konzentration landwirtschaftlicher Flächen in Händen großer Kapitalgesellschaften gestoppt werden müsse. Der Gesetzgeber sollte hier endlich aktiv werden und Spekulationen mit dem gesellschaftlichen Grundgut Boden unterbinden. Schließlich handelt es sich um eine wichtige Naturressource. Tackmann verdeutlichte, dass die niedersächsische Lindhorst-Gruppe beispielsweise 44 landwirtschaftliche Betriebe in Ostdeutschland aufgekauft hat, auch in Märkisch-Oderland. Dem Unternehmen KTG Agrar sei es beim Erwerb von Grund und Boden nur um die Rendite gegangen, die höher als bei klassischen Geldanlagen sei, unterstrich Wendorff. Dass dieser Agrarkonzern jetzt Pleite sei, widerspiegeln die Unsicherheiten, wenn Bauern mit Blick auf frisches Kapital einen „Pakt mit dem Teufel“ eingehen. Bei Verpachtungen sollten nicht höhere Pachtzinsen sondern die Ortsansässigkeit der

landwirtschaftlichen Bewirtschafter entscheidend sein, betonten die Agrar-Experten.

Landwirtschaft gehört zur regionalen Kultur

„Wenn es der Landwirtschaft gut geht, dann geht es auch der Region gut“, hob der Bauernpräsident hervor. Kirsten Tackmann unterstrich, sie ringe seit Jahren auch um eine Begrenzung der Allmacht der Lebenskonzerne. Sie stellte fest, dass der Drang nach immer niedrigeren Preisen beim Verbraucher auch zum Verlust des Respekts vor dem Lebensmittel führe. Wenn der Käufer nachvollziehbar wüsste, dass ein Produkt wirklich aus einem regionalen Betrieb komme, wäre er sicher bereit, etwas mehr Geld dafür auszugeben. Teilnehmer der Veranstaltung, darunter Leiter von Betrieben und Einrichtungen, berichteten in diesem Zusammenhang von ihren Problemen in der gegenwärtigen Milchkrise und beim Absatz regionaler Produkte sowie beim nachhaltigen Wirtschaften. Einige setzten sich für die Verwendung von Glyphosat und die Befahrung von Ortsumgehungen mit Landtechnik ein. Es gebe zu wenig Rückhalt für die Bauern in der Region wurde bemängelt. Herzlich begrüßter Gast war auch Kerstin Kühn, die Direktkandidatin der LINKEN im Wahlkreis zur Bundestagswahl 2017, die höchst interessiert die Sorgen der Landwirte verfolgte.

r. a.

Konferenz zum sozial-ökologischen Umbau
27./28. Januar 2017 //
Zeche Zollverein, Essen



sozial.öko.logisch

Mit Katja Kipping (MdB, Vorsitzende der Partei DIE LINKE) und Bernd Riexinger (Vorsitzender der Partei DIE LINKE), Dagmar Enkelmann (Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung) und Caren Lay (MdB, stellv. Fraktionsvorsitzende), Sabine Leidig (MdB, Koordinatorin des Projekts „PLAN B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau“) und Eva Bulling-Schröter (MdB, energie- und klimapolitische Sprecherin), Kirsten Tackmann (MdB, agrarpolitische Sprecherin) und Hubertus Zdebel (MdB, Sprecher für Atomausstieg) u. v. m.



v. l. n. r.: Kirsten Tackmann, Bettina Fortunato, Henrik Wendorff

Foto: A. Fortunato

Fluchtursachen beseitigen!

„Mauern und Zäune halten keine Flüchtlinge ab. Sie schaffen nur Pausen, sind keine Lösung.“ Gregor Gysi mahnte eindringlich während eines Diskussionsabends mit über 150 Zuhörern im Bürger- und Kreativhaus Bruchmühle vor einer vollständigen Abschottung Europas. „Jahrzehnte lang haben die Europäer auf Kosten der Menschen in Afrika gut gelebt. Mittels moderner Mobilfunktechnik können diese sich jetzt von unserem Lebensstandard ein Bild machen“, analysierte er. Sie wollen teilhaben am Wohlstand, der unter anderem auch ihrer billigen Arbeit sowie preiswerten Rohstoffen aus ihren Ländern zu danken ist. Es gebe nur einen Weg, Menschen am Verlassen ihrer Heimat zu hindern: Die Ursachen für Flucht müssten schnell beseitigt werden. Also: Kriege beenden und die Lebensbedingungen verbessern helfen, forderte der Bundestagsabgeordnete der LINKEN. Im Syrien-Konflikt müssten Russland und die USA einen Kompromiss finden. Sie seien in der großen Gemengelage unterschiedlichster Interessen und verschiedenster Akteure der Region die einzigen, die eine friedliche Lösung herbeiführen könnten.

Gregor Gysi verdeutlichte mit Blick auf die Ukraine: „Ohne und gegen Russland kann es keinen Frieden in Europa geben. Sanktionen helfen gar nicht. Sie verschärfen nur Situationen. Die USA haben die Sanktionen nach der Loslösung der Krim von der Ukraine gewollt. Völkerrecht wird leider unterschiedlich bewertet. Die Abtrennung des Kosovo war ebenso völkerrechtswidrig. Hier gab es nicht einmal einen Volksentscheid. Der Einmarsch der USA und seiner Verbündeten in den Irak war genauso völkerrechtswidrig. Es gab keinen Angriff auf die USA und es gab keinen UNO-Beschluss.“

Ängsten muss begegnet werden

Rechtsextreme in Deutschland entwickeln sich besonders da, wo Angst abstrakt sei. Dort, wo viele Ausländer lebten, gebe es kaum Widerstand gegen Flüchtlinge. Es sei im höchsten Maße bedauerlich und gefährlich, dass Ängste von verantwortungslosen Politikern noch geschürt würden. Gysi forderte: „Es muss ein anderes Deutschland geben. Es bedarf eines sozialen Schubes: keine Niedriglöhne, keine befristeten Arbeitsverträge, keine Leiharbeit



Foto: A. Fortunato

und weg mit Hartz IV. Eine starke europäische Linke ist gegen die zunehmende Rechtsentwicklung in ganz Europa notwendig.“

Renate Adolph

Kuba im Wandel

Der Papst, die Stones und sogar Obama haben das sozialistische Kuba in den zurückliegenden Monaten besucht. Wirtschaftsvertreter aus aller Welt geben sich in Havanna die Klinke in die Hand. Was ist los auf der Insel? Chancen und Gefahren besserer Beziehungen



zwischen USA und Kuba erläuterte Jörg Rückmann von der AG Cuba Si der LINKEN Mitte Oktober bei einem gut besuchten Diskussionsabend in Hoppegarten.

Der Experte, der vielfach in dem lateinamerikanischen Land weilte, erinnerte an die kleine Weltsensation, als die beiden Länder

am 17. Dezember 2014 eine Annäherung verkündeten. „Die USA gestanden ein, dass ihre über 50 Jahre andauernde konfrontative Politik gegenüber Kuba gescheitert war. Präsident Obama hat inzwischen kleinere Modifikationen der Blockadebestimmungen zugelassen. Die USA haben Kuba von ihrer Liste der Terror unterstützenden Staaten gestrichen. Seit dem Sommer 2015 gibt es wieder Botschaften in beiden Hauptstädten und im März 2016 besuchte erstmals ein amtierender US-Präsident das sozialistische Land vor seiner Haustür. Dennoch bestehen grundlegende Hindernisse fort: Die US-Blockade ist nach wie vor in Kraft: Das Territorium der US-Militärbasis in Guantánamo ist weiterhin besetzt. Die millionenschweren

Destabilisierungsprogramme der USA gegen Kuba laufen weiter und die USA haben Kuba bislang nicht für die Folgen der Blockade entschädigt“, unterstrich Jörg Rückmann.

Um die spannungsgeladenen Beziehungen verständlich zu machen, warf Rückmann einen Blick in die Geschichte. Bereits seit An-

fang des 19. Jahrhunderts strebten die USA danach, in Südamerika und der Karibik eine Vormachtstellung zu erreichen und damit auch einen Alleinvertretungsanspruch für ganz Amerika. Bis in die jüngste Geschichte zeugten davon Hunderte Militäreinsätze, Puttsche, Morde, politische und wirtschaftliche Einmischungen und Destabilisierungen.

Kuba konnte aufholen

Trotz alledem – das sozialistische Kuba konnte sich bisher behaupten, hat das Heft des Handelns nie aus der Hand gegeben. Das Land ist gleichberechtigter Partner der lateinamerikanischen Staatenfamilie. Im Gesundheitswesen, der Pharmazie und Bildung nimmt es gar führende Positionen in Lateinamerika ein. Der Tourismus boomt. Die Wirtschaft ist im Aufwind. Viele Staaten, auch die USA, wollen mit der Insel Geschäfte machen. Die Mehrheit der US-amerikanischen Bevölkerung wünscht eine Normalisierung mit der Inselrepublik.

Dennoch zeigte sich in der Diskussion, dass sich viele Kuba-Freunde Sorgen um den sozialistischen Staat machen. Wird Kuba angesichts der ökonomischen Übermacht der USA seine Prinzipien beibehalten können? Wie wird sich die gegenwärtige Lage in Venezuela und Brasilien auf Kuba auswirken?

Rückmann unterstrich, auch der nächsten Politiker-Generation, die bereits in den Parlamenten sitzt, gehe es um eine soziale, friedliche Gesellschaft.

r. a.

NSU immer wieder aktuell

Schlampige Ermittlungen, verlorene und geschredderte Akten und immer wieder V-Leute. Wenn es um den "Nationalistischen Untergrund" NSU geht, geht es auch immer um die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden. Noch fünf Jahre nach dem Ende der neonazistischen Terrorgruppe werden nahezu wöchentlich neue Skandale bekannt. Darüber berichtete Petra Pau, Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages Anfang Oktober auf einer gut besuchten Veranstaltung der LINKEN in Rüdersdorf.

13 Jahre konnte das NSU-Trio mordend und raubend unerkannt und unbehelligt durchs Land ziehen. Mindestens zehn rassistische Morde, drei Sprengstoffanschläge mit Dutzenden Verletzten und 15 Raubüberfälle werden ihm bisher zur Last gelegt.

Die Gruppe hatte mehrere zig Unterstützer und war umzingelt von V-Leuten.

Endlich Untersuchungen in Brandenburg

Petra Pau betonte, dass sie froh sei, dass es nun endlich auch in Brandenburg einen Untersuchungsausschuss gebe, wie in zwölf weiteren Landesparlamenten. Schließlich hatten die brandenburgischen Verfassungsschützer



NSU
Watch
Brandenburg
»Hinter den Kulissen«

bereits 1998 von ihrem V-Mann Carsten Szczepanski, alias „Piatto“, über die drei von der Polizei gesuchten sächsischen Skinheads (eine Frau und zwei Männer) Informationen erhalten. Sie sollen Waffen benötigt und Banküberfälle geplant haben. Der Verfassungsschutz informierte zwar die Kollegen in Thüringen, Sachsen und Bund, gab aber nicht die Identität seiner „Quelle“ für strafprozessuale Ermittlungen preis. Hätten sie dies getan, so die Kritiker, hätten Mund-

los, Bönnisch und Zschäpe möglicherweise bereits vor dem ersten Mord von der Polizei dingfest gemacht werden können. Aber, welchen Nutzen haben V-Männer in der rechten Szene überhaupt, wenn Quellenschutz vor Aufklärung steht? In Thüringen seien sie inzwischen abgezogen worden, teilte Pau mit.

Bei Piatto handelt es sich um einen wegen versuchten Mordes verurteilten Skin, der auf wundersame Weise frühzeitig aus der Haft entlassen wurde. Nachweislich hatte der Verfassungsschutz sogar neonazistische Aktivitäten Piatto während seiner Haft in der JVA wie rechte Zeitschriften drucken und CD produzieren

finanziell und technisch unterstützt. Insgesamt ist viel Geld des Verfassungsschutzes über V-Leute in die Neonazi-Szene geflossen. V-Männer hätten mehr geschadet als genutzt, bestimmte Entwicklungen erst ermöglicht. Petra Pau schlussfolgerte: „Wir erleben gerade eine neue Welle rechter Gewalt und

rassistischen Terrors. Unter der Bevölkerung werden seit Jahren Angst und Schrecken von rechten Populisten verbreitet, die auch auf die Mitte der Gesellschaft zielen. Am Beispiel des NSU können wir Schlussfolgerungen über rechte Netzwerke ziehen.“ Die Aufklärung sei auch für die Gegenwart und Zukunft wichtig, um neonazistischem Terror ein Stop-Schild zu setzen.

r. a.

Hilfe für Cuba-Sí-Projekt nach Hurrikan Matthew

In der Nacht vom 4. zum 5. Oktober zog Hurrikan Matthew über den Osten Kubas und hinterließ eine Schneise der Zerstörung. Auch das Cuba-Sí-Projekt in der Provinz Guantánamo ist betroffen.

Cuba Si bittet dringend um Spenden!

Achtung: Spenden für Cuba Sí bitte unbedingt mit dem Vermerk „Milch für Kubas Kinder/Guantánamo“ versehen!

Wenn Sie eine Spendenquittung wünschen, bitte in der Überweisung vermerken und Adresse angeben.

Spenden bitte an: DIE LINKE/Cuba Si
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10, BIC: BE LA DE BE XXX



Eine Straße in Baracoa nach dem Wirbelsturm „Matthew“ (Foto: La Demajagua/Kuba)

Alles mitgehört und mitgelesen

Jede E-Mail, SMS, Facebook-Kommunikation und jedes Telefonat werden erfasst und gespeichert. Dank der Enthüllungen von Edward Snowden und der Analysen im NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages sind totale Überwachung der Bevölkerung, Sabotage und Industriespionage inzwischen amtlich.

Der Verein „alternativen denken“ hatte Anfang Oktober in Strausberg Susanne Lang zur Erhellung des Themas eingeladen. Die Expertin arbeitet in den Projekten „Verbraucher Sicher Online“ und „Mobilsicher“. „Wir befinden uns im digitalen Wettrüsten der Staaten, Geheimdienste und der Privatwirtschaft, die uns immer besser einschätzen, kontrollieren und manipulieren wollen“, sagte sie. Alles werde ausgewertet. Inzwischen bewältigten spezialisierte Computer die Informationsflut. Die Kompetenzen der Geheimdienste wurden nach den Enthüllungen immer weiter legiti-

miert und verfeinert, statt eingeschränkt. Besonders wichtig seien für die Dienste Prognosen über soziale Bewegungen und Proteste.

Mitteilungen lassen sich schlecht sichern. Vor allem bei Facebook seien Daten offen verfügbar. Hier habe politische Kommunikation nichts zu suchen, warnte die Spezialistin. Jeder sollte sich genau überlegen, was er ins Netz stellt oder per SMS weitergibt. Verschlüsselungen seien zumeist kurzlebig und kämen mitunter von fragwürdigen Anbietern. Besondere Spione seien die Mobiltelefone. Auch wenn sie ausgeschaltet sind, funktionierten sie wie Mikrofone. SMS seien total ungeschützt.

Wer sich weiter informieren will: Zu Überwachung und digitaler Selbstverteidigung hat Susanne Lang kürzlich bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Broschüre veröffentlicht.

r. a.

Bürgerbüros

Thomas Nord (MdB)

Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
thomas.nord@bundestag.de
www.thomas-nord.de

Bettina Fortunato (MdB)

Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Marco Büchel (MdB)

**Bürgerbüro
Bad Freienwalde**
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon: (0 33 44) 33 45 41

Bürgerbüro Strausberg
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Persönl. Sprechzeiten:
1. und 3. Mo. im Monat
Bitte VORHER telefonisch anmelden.
info@marco-buechel.de
www.marco-buechel.de

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
www.dielinke-frw.de

Öffnungszeiten:
Di. 9 – 11 Uhr

Strausberg
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9 – 12 Uhr
E-Mail: info@dielinke-mol.de

LinksTreff

LinksTreff Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: info@dielinke-seelow.de
www.dielinke-seelow.de

Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9 – 12 Uhr

Redaktionsschluss

der nächsten Impulse:
1. Dezember 2016

Erscheinen

der nächsten Impulse:
15. Dezember 2016

LINKE wollen mehr Geld für Musikschullehrer

Ende Oktober berieten die Mitglieder der Kreistagsfraktion DIE LINKE. in Strausberg ihre Vorschläge für den Haushaltsplan 2017 Märkisch-Oderland.

Sie wollen sich für höhere Gehälter der Musikschullehrer nach Tarif einsetzen, da der Kreis nach ihrer Ansicht zu geringe Gelder zahle.

Zudem werden sie den Schülertransport für Kinder mit einem Handicap weiter aufmerksam begleiten. Zurzeit erfolgt dieser beispielsweise noch täglich zur Schule für Blinde und Sehbehinderte in Königs Wusterhausen. Die Fahrten sollen nach Ankündigungen der Kreisverwaltung aber nur noch wöchentlich stattfinden. Das würde für sehgeschädigte Schüler einen Internatsaufenthalt, fern ab von notwendiger häuslicher Betreuung in ihren Elternhäusern bedeuten.

Die Abgeordneten machten darauf aufmerksam, dass das 510-Stellen-Programm im Jugendbereich auf dem diesjährigen Niveau auch im Jahr 2017 fortgeführt werden soll. Das hieße aber beispielsweise, dass die einst angestrebten mehr Sozialarbeiter an den Schulen nicht eingestellt werden können. Hier müsse nachgebessert werden.

Die Fraktionsmitglieder unterstützen den Breitbandausbau in den Gemeinden aus dem Kreisentwicklungsbudget. Allerdings forderten sie eine saubere Lösung mit klaren Regeln und Beschlüssen. Die Gelder für den Denkmalschutz in den Kommunen könnten außerdem aufgestockt werden.

Ebenfalls kritisierten die LINKEN, dass die Erarbeitung der Schulentwicklungsplanung des Kreises nur schleppend vorankommt. Hier wollen sie mit Nachfragen im zuständigen Ausschuss und im Kreistag aktiv nachhaken. *r. a.*

Die Geschäftsstelle der LINKEN in Strausberg bleibt

vom 23. Dezember 2016 bis 2. Januar 2017
geschlossen.

+ + Termine + +

17. 11. 15 Uhr, „Im Gespräch“ ist
Roland Bienwald, 1. Vorsitzender
des SV Victoria Seelow e. V.
im LinksTreff Seelow.

Öffentliche Fachdiskussion

zum Thema

„Zukunft des sozialen Wohnungsbaus im berlinnahen Raum“

mit

- + **Anita Tack**, Linksfraktion Landtag Brandenburg und Sprecherin für Stadtentwicklung, Bau-, Wohnungs- und Verkehrspolitik,
- + Vertretern der Stadt Strausberg,
- + Vertretern der Strausberger Wohnungsbau-Gesellschaft SWG,
- + Vertretern der Wohnungsgenossenschaft „Aufbau“ Strausberg.

1. Dezember 2016, 15 Uhr
Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE, Große Str. 45,
15344 Strausberg

Eine Veranstaltung des kommunalpolitischen
forums land Brandenburg e. V.

CETA: Die Wallonie ist keinesfalls allein

Was wurde nicht verbal auf die Region der Wallonie und ihren Premierminister Paul Magnette eingedroschen.

Kommentatoren in deutschen Fernsehkanälen und Zeitungen waren sich einig: Eine kleine Region von drei Millionen Einwohnern dürfe nicht die Gemeinschaft der 500 Millionen in der Europäischen Union erpressen.

In Wahrheit sind die Wallonen mit ihrer Kritik an CETA keinesfalls allein. Vielerorts in Europa werden Kritik und Sorgen geteilt. Der irische Senat hatte als zweite Kammer des Landes einen Beschluss gegen CETA gefällt. Die Hälfte aller Bürgermeister von Slowenien hat einen Brief an ihre nationale Regierung unterzeichnet mit der Forderung, CETA nicht zu unterschreiben. Mehr als 2000 Städte, Kommunen und Regionen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich bereits zu TTIP- und CETA-freien Zonen erklärt. Im deutschen Bundesrat ist mehr als fraglich, ob eine Mehrheit für CETA stimmt, spätestens seit nun auch in Berlin DIE LINKE und die Grünen ihre Zustimmung verweigern würden. Hunderttausende gingen bisher auf die Straßen und protestierten gegen CETA und TTIP.

Regionen und Kommunen müssen sich zu der „neuen Generation“ von Handelsabkommen verhalten, denn ihre Kompetenzebene ist von Abkommen wie CETA direkt betroffen. Die Region der Wallonie handelte verantwortungsbewusst und im Rahmen der Aufgaben, die ihr die belgische Verfassung zuweist. Diese Verantwortung entsteht, wenn ein internationales Abkommen wie CETA eben nicht mehr allein die Höhe von Zöllen behandelt, sondern als Hauptziel hat, Gesetze und Bestimmungen zu überwinden, die einer ungebremssten, marktwirtschaftlichen Konkurrenz im Wege stehen. CETA enthält zudem Klauseln, die die Rücknahme von Privatisierungen erschweren und neue Gesetzesvorhaben unter das Damoklesschwert einer drohenden Investorenklage vor dem CETA-Gericht stellen. Laut einer Studie im Auftrag der EU-Kommission würde CETA nach sieben Jahren Laufzeit das Bruttosozialprodukt der EU um lediglich 0,03 Prozent erhöhen. Das BSP von Deutschland um 0,04 Prozent. Der mit CETA einhergehende Rückzug staatlicher Ebenen aus öffentlichen Dienstleistungen wird den Verlust vieler Arbeitsplätze kosten.

Wo steht geschrieben, dass Abgeordnete in Parlamenten das Arbeitsergebnis von Unterhändlern nicht mehr hinterfragen dürfen? Dem Europäischen Parlament muss endlich ein Initiativrecht, auch in der Sache internationaler Handelspolitik, eingeräumt werden. Das gilt gerade auch angesichts der wieder einmal deutlich gewordenen Demokratiedefizite der EU. Einer Ratifizierung von CETA im Europaparlament wird meine Linksfraktion kein grünes Licht geben.

Helmut Scholz, Europaabgeordneter (DIE LINKE)

IMPRESSUM

Herausgeber:

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P. : Bettina Fortunato
Tel. 0 33 41-31 17 96

E-Mail : renete@adolph.de

Redaktion : Renate Adolph

Layout u. : Fortunato Werbung

Satz : www.fortunato-werbung.de

Fotos/ : DIE LINKE. MOL,
Grafik : privat

